

In den vergangenen Tagen fanden an der Universität eine Reihe FDJ-Aktivtagungen statt, die sich insbesondere mit der Vorbereitung des Studentensommers befaßten. Vor dem FDJ-Aktiv der Philosophischen und der Juristenfakultät referierte Genosse Dr. Harry Pawula, Stellvertreter des Sekretärs der UPL, über Probleme der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland, die wesentlich die Aufgabenstellung des Studentensommers bestimmt. Er beantwortete die Frage: Worin besteht das Neue in der nationalen Mission der DDR?

# Studenten-Sommer - Bewährungsprobe mit hohen Anforderungen

## Gegen die Diktaturgesetze

Mit Mahnwachen und Flugblattaktionen protestierten Hamburger Gewerkschafter und Studenten am letzten Wochenende erneut gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Vor dem Barmbeker Bahnhof lehrten die Demonstranten Schüler mit sich, auf denen die Losungen standen: „Nicht Notstandsgesetze, sondern Entspannungspolitik“, „Nicht Abbau, sondern Aufbau der Demokratie“, „Notstandsgesetze sind Ermächtigungsgesetze“ und „Notstandsgesetz droht - Freiheit in Not“. Auf den Flugblättern, die verteilt wurden, stand der Appell: „Protestieren Sie gegen die Einschränkung Ihrer demokratischen Freiheiten. Schreiben Sie an Ihren Bundestagsabgeordneten, Besiegeln Sie sich an den Aktionen gegen die Notstandsgesetze!“

Die Gruppe Mündchen des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises der Studenten (GAST) hat an den DGB appelliert, „schärfste Kampfmaßnahmen gegen die Notstandsgesetzgebung zu ergreifen“. Der Gewerkschaftliche Arbeitskreis tritt ferner dafür ein, alle gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten, die für die Bonner Diktaturmaßnahmen stimmen und damit gegen die Gewerkschaftsbeschlüsse verstoßen, aus dem DGB auszuschließen.

### Sebastian Hoffner in „Stern“:

Wer sind denn die außerparlamentarischen Kräfte, denen nachgegeben die CDU so schimpflich hinterzögen? Sind es vielleicht irgendwelche Lichtschauen, Vorschauzeitschriften oder blutünstigen Gangsterbanden? Nein, es sind doch die Gewerkschaften, die Universitäten, die Kirchen, die Presse, die Rundfunk- und Fernsehanstalten, die politischen Verbände außerhalb der Parteien, das Parteivolk außerhalb der Fraktionen - kurz, es sind die Staatsbürger in ihren vielfältigen Organisationen und Institutionen, es ist ganz einfach das Volk, von dem laut Grundgesetz alle Staatsgewalt ausgeht und dessen Dienst, Organe und Vertreter das Parlament sein soll.

Ausgehend davon, daß die DDR seit ihrem Bestehen eine nationale Mission erfüllt, indem sie den Herrschaftsbereich des Imperialismus einschränkt und mit ihrer Entwicklung ein Beispiel für ganz Deutschland gibt, begründete der Referent ihre neue Bedeutung, wie sie sich aus der in den vergangenen Monaten entstandenen Lage in Deutschland ergibt.

Er wies nach, daß der im März dieses Jahres stattgefundene CDU-Parteitag in Düsseldorf die Strategie und Taktik des deutschen Imperialismus für die Verwirklichung seines aggressiven, revanchistischen Programms ausarbeitete und als erster Versuch zur Veränderung des Status quo die Bundestagsitzung in Westberlin diesem sollte.

Zur Durchführung seiner Aggressionsabsichten dient dem westdeutschen Militarismus die sogenannte Vorwärtsstrategie und die Formel des verdeckten Krieges, wobei von Hassel folgende Erklärung der Vorwärtsstrategie gibt: „Vorwärtsstrategie ist eine mit aktiven Druck gegen den kommunistischen Block betriebene Strategie - sie ist dazu bestimmt, nicht nur den Kommunismus einzudämmen, sondern seine zersetzende Kraft zu erschöpfen.“

In einzelnen ist ihre Taktik darauf ausgerichtet, die DDR international zu isolieren und gleichsam einzukreisen, unmittelbar in der DDR durch ideologische Aufweichung Boden zu gewinnen, Provokationen gegen die Staatsmacht in der DDR anzusetzen und damit ihre als „innerdeutsche Polizeiaktion“ deklarierte Aggression vorzubereiten. Unter dem Gesichtspunkt dieser Aggressionsvorbereitungen ist auch die hektisch betriebene Durchsetzung der Notstandsgesetze zu verstehen.

Und in diesem Zusammenhang sind einzelne Erscheinungen zu werten, die die Gefährlichkeit der Bonner Politik recht deutlich machen.

Der Atomphysiker Klaus Fuchs stellte vor einiger Zeit in einem Interview fest: In Westdeutschland wird so viel Plutonium produziert, um morgen oder übermorgen 100 bis 200 Atombomben herzustellen.

Die jüngsten Verhandlungen zwischen Erhard und Johnson sowie von Hassel und McNamara machen sichtbar, daß die USA jetzt gewillt sind, der Bundesrepublik das Mitspracherecht über den Einsatz von Kernwaffen einzuräumen.

Und schon lassen sich die Scharfmacher hören, die damit nicht genug haben. Militärkommandeur und Bundeswehroberstleutnant der Reserve Adalbert Weinstein

schrrieb vergangene Woche in der „Frankfurter Allgemeinen“: „Nur dürfte unsere Beteiligung nicht mit der Auflage des feierlichen Verzehrs gekoppelt werden, daß wir für immer auf eine atomare Bewaffnung zu verzichten hätten... Verzichtserklärung auf den Besitz atomarer Waffen kann nicht... gegeben werden.“

Schließlich: Seeborn, Mende, Erhard, Tretner sind keine Sonntagredner, wenn sie auf Revanchistenvorschläge allein die Gefahr nicht bannen.

Die politische, wirtschaftliche und auch militärische Stärkung der DDR, ihr indirekter Einfluß auf die Entwicklung in Westdeutschland und ihre direkte Unterstützung der westdeutschen Patrioten gewinnen ausschlaggebende Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Deutschland, und damit erhält ihre nationale Mission neue Aspekte.

Diese Verantwortung, die die DDR für ganz Deutschland trägt, stellt an jeden einzelnen höhere Anforderungen in fachlicher und politischer Hinsicht, sie schafft eine neue Bewährungssituation.

Eine solche hervorragende Bewährungsprobe ist für alle Studenten der Studentensommer 1965. Er gibt die Möglichkeit, unmittelbar an der Festigung der DDR mitzuwirken und im politischen Gespräch zu erreichen, daß alle bewußt politisch denken und handeln.

Genosse Dr. Pawula wies abschließend darauf hin, daß die neue Lage nicht nur von der in jeder Weise negativen Entwicklung der Bonner Politik bestimmt wird, sondern daß auch für die gegenwärtige Etappe das Anwachsen der Kräfte des Friedens charakteristisch ist, daß wir uns durch eigene Kraft und die Kräfte der im Wertschauer Pakt vereinigten Armeen sicher geschützt wissen und daß sich auch in Westdeutschland die patriotischen Kräfte immer mehr formieren. Aber es gelte die Lage in Deutschland nüchtern einzuschätzen und auf der Hut zu sein.

Er schloß mit dem Appell: „Ihr, liebe Freunde, die Aktivisten der FDJ, seid eine große Kraft, wenn ihr unter allen Studenten wirksam werdet. Das erfordert natürlich Kampfesmut, Geduld und Ausdauer, um im täglichen politischen Gespräch den Kommilitonen an der Seite politisch zu überzeugen, ihn zu neuen hohen Leistungen anzuspornen. Das erfordert schließlich, selbst Vorbild zu sein im Studium, in der politischen Haltung, im Sommerlager.“



## Tempoverluste bei Physikern und anderen

Die letzte Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation der Physikalischen Institute dauerte rund vier Stunden. Im Referat ging es um politische Probleme, in der Diskussion um Fragen der Parteidisziplin und um die Verbesserung der Ausbildung. Es wurden wichtige Probleme behandelt, doch wie sie behandelt wurden, konnte nicht befriedigen.

Es war u. a. von zwei Briefen parteiloser Professoren an die Studenten die Rede. Der eine beschäftigte sich mit der Reaktion der Studenten auf die Bemühungen des Lehrkörpers, eine neue Form der praxisverbundenen Ausbildung zu schaffen. Aus dem Brief sprach Enttäuschung, ja Empörung eines Professors, der aus einem erfahrungsschweren Lebens einschätzte, welche Möglichkeiten der heutigen Generation im Studium geboten werden, der es nicht fassen kann, daß die Studenten büd dafür sind.

Der zweite Brief richtete sich gegen das Abschreiben von Übungsaufgaben in einigen Seminargruppen und forderte die Studenten auf, ihre Handlungsweise öffentlich zu rechtfertigen.

Beide Briefe waren, wie gesagt, Gegenstand der Diskussion - oder richtiger - die Genossen Studenten der betreffenden Studienjahre wurden aufgefordert, dazu zu sprechen. Was sie sagten, war wenig mehr als nichts. Ausdrücke, lendenstarkes Erklären, das eigentlich nur bewies, daß die Fakten zwar bekannt sind, daß sich aber auch die Genossen Studenten noch keine ernsthaften Gedanken über diese Erscheinungen und ihre Ursachen gemacht haben. Über ihre eigene Verantwortung für die Parteilosigkeit wurde nicht gesprochen.

Und die Leitung der Grundorganisation? - Sie hatte beide Briefe auf die Tagesordnung gesetzt - unter anderem „Eine wirklich ernsthafte Auseinandersetzung, die den Genossen Studenten geholfen hätte, selber klar zu sehen, um in ihren Seminargruppen mit allen Kommilitonen sprechen zu können, fand nicht statt.“

Im zweiten Teil der Versammlung, in einem ansonsten ausgezeichneten Studentenreferat über methodische Probleme der Ausbildung, das als Grundlage der Diskussion über die Verbesserung des Studiums diente, blieb es stumm. Auch die Fragen der Erziehung der Studenten, ihre Klarheit über den gesellschaftlichen Auftrag, den sie mit dem Studium übernommen haben, seien wichtig für die Verbesserung des Studiums. Es sei aber darüber schon viel gesprochen worden, so daß man sie hier ausklammern könnte.

War das Zufall? Es schien nicht so. Die Parteilosigkeit hatte diese Mitgliederversammlung bereits lange vorbereitet und führte sie jetzt durch, ohne die inzwischen stark hervorgetretenen Probleme der Erziehung der Studenten gebührend zu beachten. Es drängt sich der Schluß auf, daß auch die Leitung noch nicht begriffen hat, daß sich hinter den erwähnten Erscheinungen Mängel der politisch-ideologischen Arbeit verbergen.

Tempoverluste in der politisch-ideologischen Arbeit hat gegenwärtig in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät aber nicht nur die GO Physik aufzuweisen. Beweis genug ist dafür schon allein die Vorbereitung des Studentensommers in einigen Fachrichtungen. Es gibt viele Unklarheiten und Fragen, aber wenig klare Antworten, weil es keinen von den Parteilosigkeiten geführten Meinungsstreit gibt. Wenn sich bisher vom FDJ-Aktiv - nach der letzten Zusammenkunft zu urteilen, zählen dazu nur rund 80 von über 2000 Studenten der Fakultät - erst 38 Freunde entschlossen haben, ins Sommerlager zu fahren, dann deutet das darauf hin, daß auch die Freunde der FDJ-Leitung und die Genossen Studenten den Sinn des Sommerlagers noch nicht begriffen haben. Nur wenig besser sieht es vorläufig bei den anderen Lagern aus.

Für die Führungsaufgabe der Fakultätsparteilosigkeit und die Leitungen der Grundorganisationen weist der Wertmesser Studentensommer gegenwärtig ein deutliches Defizit auf, das sich nur ausgleichen läßt, wenn die Parteilosigkeiten die politisch-ideologische Massenarbeit künftig als wichtigste Aufgabe behandeln.

gru

(Fortsetzung von Seite 1)  
ungetragenen Arbeit während der ersten beiden Semester.

Als wichtige Hochschulpädagogische Maßnahmen empfahl der Referent das fruchtbarere erzieherische Zusammenwirken von staatlicher Leitung, gesellschaftlichen Organisationen und Erzieherkollektiven, eine Analyse des Standes der bisherigen erzieherischen Tätigkeit sowie das Einbeziehen von Erziehungsprogrammen, die solche Faktoren enthalten wie Ausbildungsziel, Berufsbild, Wissenschaftsgegenstand, Voraussetzungen der Studierenden und orga-

## Senatskonferenz über 1. Studienjahr

nisatorische Bedingungen des Studiums und, weit über die bisherigen Studienpläne hinausgehend, festlegen, wie die Studenten Klarheit über die Anforderungen an einen Universitätsabsolventen gewinnen.

Die diesjährigen Sommerlager in Scheibe-Alsbach und Schlagswalde, wo die jungen Studenten zum erstenmal mit der Universität in Berührung kommen, ist maximal für die Einführung der Studenten zu nutzen.

Unter den zehn Diskussionsbeiträgen sind die Ausführungen von Günter Schneider, 1. Sekretär der

PDJ-Kreisleitung, zu Problemen der ideologischen Situation im ersten Studienjahr hervorzuheben. Weniger Routine, sondern spezifische Methoden in der Erziehung seien nötig. Am erfolgreichsten sei der pädagogische Einfluß dort, wo ihn profilierte Wissenschaftler ausüben. Genosse Schneider sprach von dem Gelöbnis, das alle Neumatrikulierten gaben: Nicht immer werde mit den Studenten darüber gesprochen, welche praktischen Konsequenzen dieses Gelöbnis während des Studiums hat und welche Verpflichtungen sich daraus gegenüber der Arbeiterklasse ergeben. Er schlug vor, daß bei den

Eignungsprüfungen auch Oberschüler teilnehmen, die den Studienbewerber kennen.

Erfahrungen mit einer Einführungswoche für Neumatrikulierte legte Prof. Bruhn, Fakultät für Journalistik, dar. Prof. Holzappel sprach sich an Hand einer Analyse von Eignungsprüfungen für diese Form der Studienbewerbung aus. Dr. Wunderlich, Institut für Biophysik, sprach über die Programmierung des Unterrichts und die Entwicklung selbständigen wissenschaftlichen Arbeitens. Zur schöpferischen Studienarbeit legten Dr. Wilde und ein Student des ersten Studienjah-

res der Fachrichtung Politische Ökonomie Gedanken an Hand der Vorbereitung ihrer Studentenkonferenz dar.

In seinem Schlußwort gab Magnifizenz Prof. Dr. Müller bekannt, daß das Prorektorat für Studienangelegenheiten einen Maßnahmenplan zur Arbeit mit dem 1. Studienjahr 1965/66 vorbereitet und dem Akademischen Senat bis zum 15. Juli zur Beschlußfassung unterbreiten wird.

K. Peerschke